

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Gäste.

Haushaltsberatungen sind auch immer eine Gelegenheit für die Opposition mit der Politik der Mehrheitsfraktion abzurechnen.

Die Kommunalwahl im letzten Jahr war für die CDU ein Desaster. Sie hat fast 11 % an Wählerinnen und Wählern verloren. Im Rat der Gemeinde hat die CDU-Fraktion nur mit der Stimme des Bürgermeisters eine Mehrheit. An Stelle der CDU-Fraktion läge es für mich nahe, nach einem solchen Desaster die bisherige Politik in der Gemeinde zu überprüfen.

Davon ist bei der jetzigen Politik der CDU-Fraktion bisher nichts zu bemerken. Zwar wird in den Reden des Fraktionsvorsitzenden Stefan Küpper immer die gute Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen gelobt, aber die findet nur statt, wenn die gleiche oder eine ähnliche Meinung wie die CDU vertreten wird.

Bei anderen Ansätzen und Überlegungen werden die Anträge in der Regel ohne Diskussion von der CDU-Fraktion abgelehnt. Gerade in der jetzigen schlimmen finanziellen Situation der Gemeinde sollten die Fraktionen alle Möglichkeiten der Einsparung nutzen und gemeinsam ein Konzept erarbeiten, um zumindest den absoluten Willen der Politik zu zeigen, den drohenden Bankrott der Gemeinde abzuwenden. Es kann nicht einfach so weiter gemacht werden wie bisher.

Die CDU-Fraktion will publikumswirksam lieber der Wohltäter in der Gemeinde sein und beansprucht alle Leistungen der Gemeindeverwaltung für Vereine, Schulen und Kindergärten als ihre eigne Errungenschaft.

Ich glaube die CDU-Fraktion will ihre bisherige Politik so weiterführen und wartet sehenden Auges darauf, dass der RP einen Sparkommissar einsetzt, der dann die unbeliebten Maßnahmen umsetzen muss, die die CDU-Mehrheitsfraktion nicht umsetzen will. Liebe CDU-Fraktion, ich kann ihnen an dieser Stelle nur sagen, damit machen sie es sich zu einfach.

Auch in der großen Politik in Berlin und Düsseldorf waren bisher dieselben Verhaltensweisen zu sehen.

Statt Schulden abzubauen, erhöht die schwarz-gelbe Bundesregierung und auch die bisherige Landesregierung in Düsseldorf die Verschuldung zu Lasten der jungen Generationen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage warnt Union und FDP vor der Illusion, dass sich ihr Steuersenkungsprojekt selbst finanziert. Die sog. „Wirtschaftsweisen“ kritisieren: „Steuersenkungsversprechen ohne solide Gegenfinanzierung, wie sie sich im Koalitionsvertrag befinden, sind unseriös.“ Die fünf Weisen erklären die Steuerpläne der neuen Bundesregierung für schlicht unbezahlbar. Auch der Präsident des Bundesrechnungshofs, Dieter Engels, mahnt, die schwarz-gelbe Koalition sollte auf ihre Steuersenkungspläne verzichten. Der Bund lebe über seine Verhältnisse. Die Kosten müssen die nächsten Generationen tragen. Zudem gebe es strukturelle Mängel, die dafür sorgen, dass „uns Geld wie Sand durch die Finger rinnt.“

Bei solchen Warnungen von Gremien, die ja von der Bundesregierung berufen worden sind, ist das Festhalten an der Steuersenkung bloße Unvernunft. Da Bund, Länder und Kommunen bei den wesentlichen Steuern in einem großen Finanzverbund stehen, befinden sich die Länder und Kommunen in einer Art Sippenhaft. Nimmt der Bund weniger Steuern ein, gibt es für Länder und Städte/Gemeinden jede Menge Probleme. Die Städte warnen die Bundesregierung davor, die Steuern wie geplant zu senken. „Es muss verhindert werden, dass Kommunen finanziell zusammenbrechen und ihren Bürgern immer weniger und schlechtere Leistungen anbieten können“, mahnt die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Petra Roth.

Die Steuersenkungspläne von heute sind also eine Mogelpackung. **Sie führen zu Gebühren- und Abgabenerhöhungen von morgen. Für die meisten Bürger wird es, wenn sie einen Strich unter ihre Einnahmen und Ausgaben ziehen, heißen: weniger Netto vom Brutto.**

„Sparen“ heißt nach einer Aussage des früheren Oberbürgermeisters von Stuttgart, Manfred Rommel, „Geld, das man hat, nicht auszugeben“. Bei uns in Nörvenich geht es aber darum, Geld, das wir nicht haben und uns daher leihen müssen, nicht auszugeben.

Wenn der Kreis durch eine der höchsten Umlagen in NRW einer der Verursacher der Verschuldung der Gemeinde Nörvenich ist, so muss an dieser Stelle der Einfluss unseres CDU - Bürgermeisters auf den CDU - Landrat kritisch hinterfragt werden. Der Kreis Düren lehnt es ab, die Kreisumlage zu senken und mit den kreisangehörigen Kommunen in die Haushaltssicherung zu gehen. Es gibt aber nach unserem Kenntnisstand auch andere Kreise, die sich parallel zu den kreisangehörigen Kommunen in die Haushaltssicherung begeben. Hier erwartet ich eine deutliche Positionierung des Bürgermeisters und aktive Einflussnahme auf den Landrat und die Kreistagsmitglieder aus der Gemeinde.

Durch die Einführung des NKF sollten die gemeindlichen Finanzen transparenter und vergleichbarer werden. Das ist bisher noch nicht umgesetzt. Durch die Umstellung auf NKF ist ein Vergleich mit dem Haushalt 2008 wegen der anderen Systematik nicht mehr möglich. Daher wäre eine abgenommene Eröffnungsbilanz und ein Rechnungsabschluss für 2009 für eine wirkliche Haushaltsberatung wichtig.

Durch Kennzahlen sollten der Politik Steuerungselemente an die Hand gegeben werden. Die Kennzahlen, die der Bürgermeister in seiner Rede zur Haushaltseinbringung vorgetragen hat, sind ein kleiner Anfang. Die Vergleichbarkeit mit dem Jahr 2009 ist ja ganz schön, aber wichtig wäre ein Vergleich mit anderen Kommunen ähnlicher Größe.

Bürgermeister Herr Schüller hat als Leiter der Verwaltung in seiner Rede zur Haushaltseinbringung Sparvorschläge gemacht. Diese Vorschläge sollte die Politik aufgreifen und weiterführen.

Wir als grüne Fraktion haben in den letzten 15 Jahren immer Politik mit Blick auf die schlechte finanzielle Lage der Gemeinde gestaltet. Wir haben keine grünen Wunschideen gefordert, sondern vernünftige und machbare Vorschläge, angepasst an die Gemeindefinanzen, erarbeitet. In der jetzigen Situation geht es aber darum, die gemeindliche Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltung so lange wie

möglich zu sichern. In dieser konkreten Situation müssen alle Möglichkeiten der Verbesserung der gemeindlichen Finanzen durchgeführt werden.

Das OVG NRW hat 2009 mit einem Beschluss die haushaltsrechtliche Pflicht für die Gemeinde festgestellt, alles zu unternehmen, um durch Zurückführung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen das Ziel des Haushaltsausgleichs so schnell wie möglich zu erreichen.

Das geht auch nur mit einer stärkeren Belastung für die einzelnen Bürgerinnen und Bürgern. Aber die Politik muss ein Gesamtkonzept präsentieren und auch mit gutem Beispiel Vorrang gehen und zeigen, dass wirklich alle Möglichkeiten der Einsparung genutzt werden, bevor die Bürgerinnen und Bürger belastet werden. Die Erhöhung der Grundsteuer B auf 400 % würde jeden Haushalt mit ca. 7€ im Jahr zusätzlich belasten. Ich halte das in der gegenwärtigen finanziellen Situation der Gemeinde für vertretbar.

Zum Ende der letzten Ratsperiode hatten wir schon eine Verkleinerung des Rates gefordert. Zu Beginn dieser Ratsperiode haben wir die Zusammenlegung und Verkleinerung der Ausschüsse beantragt. Dadurch wollten wir zum einen die Ausschüsse arbeitsfähiger machen und zum anderen Mittel einsparen. Seit der 2. Ratssitzung im November 2009 haben, außer dem HFU-Ausschuss, fast keine Ausschüsse getagt, weil für die einzelnen Themenbereiche nicht genügend Tagesordnungspunkte zusammengekommen sind. Es sind aber viele Punkte mit Dringlichkeit im HFU-Ausschuss behandelt worden. Das kann doch nicht im Sinne einer vernünftigen Ausschussarbeit sein. Zudem wird der Sachverstand, den die Ausschussmitglieder besitzen, nicht genutzt.

Zusätzlich hat die grüne Fraktion in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre gefordert, die Aufwandsentschädigungen freiwillig um 10% zu kürzen. Damit wollten wir den Bürgerinnen und Bürgern unsere Bereitschaft zeigen, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die finanzielle Situation der Gemeinde zu verbessern. Alle unsere Anträge sind bisher von der CDU-Fraktion abgelehnt worden.

In der gegenwärtigen schlechten finanziellen Situation der Gemeinde können durch die Mittel aus dem Konjunkturpaket II viele sinnvolle Projekte wie z.B. energetische Sanierung gemeindlicher Gebäude und Vereinsheime, der Anbau für die Grundschule Nörvenich und die Erneuerung des Sporthallenbodens in Nörvenich finanziert werden.

Was ich aber in der gegenwärtigen Situation nicht nachvollziehen kann, sind die Ausgaben, die die CDU-Fraktion für die Wirtschaftswege tätigen will.

Aus dem Konjunkturpaket II sollen 75.000€ verwendet werden. Zusätzlich sollen aus den Rückstellungen von 2009 33.000€ und aus den Rückstellungen 2010 34.000€ entnommen werden. Das macht zusammen 142.000€. Damit aber nicht genug, will die CDU-Fraktion aus dem laufendem Haushalt nochmals 50.000€ für die Sanierung der Wirtschaftswege ausgeben. Das wäre dann mehr als die gesamten Einnahmen aus der Grundsteuer A, die bisher 155.000€ betragen. Liebe CDU-Fraktion: Das kann doch nicht ihr Ernst sein.

Zur Erinnerung : Der Haushaltsplanentwurf für 2010 hat bei Ausgaben von 19.558.200€ und Einnahmen von 15.117.470€ ein Defizit von 4.440.730€.

Das ist eine Unterdeckung von 22,7%

Gestatten Sie mir im Zusammenhang mit den Fördermitteln noch einen kurzen Hinweis: Mittel des Konjunkturpakets II sind keinesfalls geschenkt. Ab 2012 müssen die Gemeinden einen Teil davon dadurch zurückzahlen, dass die Verbundmasse des Gemeindefinanzierungsgesetzes reduziert und zur „Abfinanzierung des Sondervermögens“ eingesetzt wird.

In der Beurteilung der Investitionen aus dem Konjunkturpaket II sind bisher auch nicht die Folgekosten, die über die Jahre für die Gemeinde anfallen, beziffert. Durch die Energiesparmaßnahmen werden die Gemeinde und die Vereine Gelder einsparen, aber bei der Erweiterung der Grundschule und die Erweiterung der Kindergärten werden zusätzliche Kosten auf die Gemeinde zukommen. Ich hätte eine Aussage der Verwaltung zu den Folgekosten der Investitionen erwartet.

Für die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen schlage ich, teilweise entsprechend den Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt und des Bürgermeisters, folgende Veränderungen zum vorgelegten Haushaltsplanentwurf vor :

• Freiwillige Einsparung von 10% bei den Gemeindeorganen.	12.600€
• zusätzlicher Verkauf von Grundstücken, verteilt auf mehrere Jahre	100.000€
• moderate Erhöhung der Grundsteuer B auf 400%	25.000€
• moderate Erhöhung der Hundesteuer	15.000€
• moderate Erhöhung der Friedhofsgebühren.	20.000€
• Einsparungen bei der Unterhaltung und den Stromkosten der Straßenbeleuchtung	10.000€
• Einsparungen bei der Unterhaltung und der Instandsetzung von Wirtschaftswegen	50.000€
• Einsparungen der Ortsvorsteherstunden	57.000€
• Nutzungsgebühr für die gemeindlichen Turnhallen	9.440€
• Anpassung der Energiekosten für die Vereine	ca. 5.000€
• Umstellung bei Geburtstagen und Jubiläen	2.500€
Gesamt	<u>306.540€</u>

Auch wenn mit diesen Einsparungen der Haushalt letztendlich nicht zu retten ist, haben wir dann gezeigt, dass wir wirklich alle Möglichkeiten der Einsparung nutzen wollen, ohne Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu verschlechtern. Die Verwaltung hat es zusammen mit den Gremien der Gemeinde in den zurückliegenden Jahren fast immer geschafft, den ausgewiesenen Fehlbetrag im Haushaltsplanentwurf zu halbieren. Wenn das auch in den nächsten Jahren gelingen sollte, wäre die bilanzielle Überschuldung der Gemeinde zumindest auf einige Jahre später verschoben. Bis dahin ist dann hoffentlich eine Einsicht beim Bund, Land und Kreis entstanden, die gemeindliche Finanzierung grundlegend zu verbessern und den Gemeinden zu helfen, aus eigenen Kräften wieder finanziell handlungsfähig zu sein.

Beim Thema Haushalt sollten die Bürgerinnen und Bürger viel mehr in die Beratungen einbezogen werden. Stichwort **Bürgerhaushalt.**

In einer Veröffentlichung sollte für die Bürgerinnen und Bürger in verständlicher Form aufgelistet werden, welche Ausgaben die Gemeinde für die Schulen, Kindergärten, Friedhöfe, Vereine, soziale Leistungen etc. tätigt. Weiter sollten die Dienstleistungen der Gemeindeverwaltung und die finanziellen Größenordnungen dargestellt werden. Falls dann Interesse von Bürgerinnen und Bürgern besteht, sollte in geeigneten Gesprächsrunden mit den Bürgerinnen und Bürgern über die gemeindlichen Finanzen diskutiert werden.


Mir fehlt in diesem Haushaltsplanentwurf die Formulierung von Zielen und wie diese Ziele erreicht werden können. Die Formulierung der Ziele ist in diesem Haushaltsplanentwurf in der Regel sehr allgemein gehalten und im Vergleich zu 2009 nicht verändert. Hier sollte sich eine Arbeitsgruppe aus Politik und Verwaltung gründen, mit der Aufgabe, die Formulierung von nachvollziehbaren Zielen und der Beschreibung der Umsetzung der Ziele zu erreichen. Am Jahresende sollte eine Überprüfung zur Erreichung der Ziele durchgeführt werden.

Zum Ende meiner Rede möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr bedanken.

Besonders möchte ich mich, auch in diesem Jahr, bei den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die in sozialen Einrichtungen und Vereinen in der Gemeinde aktiv sind, bedanken.

Sie geben unserer Gesellschaft ein soziales Gesicht und machen unsere Gemeinde lebenswert.

Vielen Dank dafür.



für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen